



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Information

Potsdam, 28.01.2015

**Bericht des Oberbürgermeisters Jann Jakobs
in der Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar 2015**

Es gilt das gesprochene Wort!

„Sehr geehrte Damen und Herren,
folgende Themen möchte ich Ihnen heute vorstellen:

Themen:

- Flüchtlingsgipfel vom 23.01.2015
- Verwaltungsweite Veränderungsprozesse
- Weltkulturerbestatus (auf Wunsch B90/Die Grünen)

Flüchtlingsgipfel vom 23.01.2015

Wie Sie wissen, musste ich am 23. Januar vorzeitig den Neujahrsempfang verlassen, um am Treffen der Landesregierung mit den Kreisen und kreisfreien Städten zur Flüchtlingspolitik teilzunehmen.

Die kommunalen Spitzenverbände bewerten den Schulterchluss mit dem Land in Fragen der Flüchtlingspolitik als besonders wichtig. Wir begrüßen es daher, dass die Landesregierung gesprächs- und kompromissbereit war, um die anstehenden Aufgaben, die ja hier vor Ort anfallen, auch bewältigen zu können.

Die Landeshauptstadt Potsdam und viele andere Kommunen hatten vor dem Treffen in der Staatskanzlei drei Problemkreise beschreiben:

Zum einen wünschten wir uns eine Koordinierungsstelle zur Flüchtlingsthematik, um schneller und abgestimmter Informationen zur Verteilung der Flüchtlinge zu erhalten und ein abgestimmtes Handeln der unterschiedlichen betroffenen Ministerien zu erreichen.

Der Ministerpräsident hat nach der Diskussion zugestimmt, solch eine Koordinierungsstelle einzurichten.

Zum zweiten war den Kommunen wichtig, dass sich das Land über die ILB-Kreditförderung hinaus stärker an den finanziellen Lasten der Kommunen beteiligt. Darunter fallen auch Folgekosten über die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten hinaus, wie für den Schulunterricht oder Hilfen zur Erziehung.

Für das Thema Sprachunterricht hat der Ministerpräsident Zusagen gemacht. Außerdem waren wir uns einig, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen, um unseren Bedarf vor Ort zu decken.

Wir legen Ihnen heute die Mitteilungsvorlage zu den „Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund“ vor. Dort haben wir auch unsere Bedarfe an Willkommensklassen und unsere Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Schule und Lehrerbildung dargelegt.

Zum dritten haben wir bekanntlich auch in der Landeshauptstadt zusätzliche Unterkünfte für Flüchtlinge geschaffen – auf Wunsch des Landes sogar sehr kurzfristig. Dort wollen wir natürlich keinen Leerstand haben. So wie wir natürlich erwarten, dass das Land auch in Zukunft nur bei frei gemeldeten Plätzen Flüchtlinge an die Kommunen verteilt. Thema war daher auch das Verfahren in der Erstaufnahmeeinrichtung selbst.

Im Ergebnis des Flüchtlingsgipfels haben Land und Kommunen einen guten Weg gefunden. Es sind weitere Gespräche vereinbart, die Ende Februar stattfinden werden. Hier sind auch Verbände, Institutionen, Vereine und Kirchen eingeladen, die für die Integrationspolitik von Bedeutung sind.

Ziel soll es sein, einen breiten gesellschaftlichen Konsens im Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen herzustellen.

Verwaltungsweite Veränderungsprozesse

Mit dem Titel möchte ich Ihnen keinen Schreck einjagen. Um es gleich am Anfang zu sagen: Es geht nicht um Strukturveränderungen. Vielmehr sehe ich es als notwendig an, vier Prozesse, die derzeit innerhalb der Verwaltung bearbeitet werden, Ihnen zur Kenntnis zu geben, da auch Sie die entsprechenden Ergebnisse berühren werden.

Gern können wir das dann im Hauptausschuss auch noch einmal vertiefen.

Erstens: Sanierung des Verwaltungscampus

Am 2. Februar beginnen die Sanierungsarbeiten am Stadthaus. Damit beginnen wir ein Projekt, auf das die Stadtverwaltung seit Jahren wartet und von dem ich glaube, dass auch viele Bürgerinnen und Bürger und Sie als Stadtverordnete es begrüßen – wenn sie denn mal den Zustand der hinteren Bereiche des Stadthauses besichtigt haben.

Die nun beginnenden Arbeiten sind der Vorläufer für die Gesamtsanierung des Verwaltungscampus. Wie Sie sich erinnern, haben Sie vorbereitende Untersuchungen für die Ausweisung eines Sanierungsgebietes beschlossen. Von dessen Mitteln wird auch das Stadthaus profitieren.

Im nun ersten Schritt beginnen die Ausbauarbeiten im Erdgeschoss. Dies korrespondiert mit dem zweiten Prozess, den ich kurz anreißen möchte: Dem Thema Raumoptimierung.

In einem aufwändigen Verfahren, das wir nach dem Freizug der Container auf dem Gelände der Stadtverwaltung gestartet haben, wurden die Raumkapazitäten, die uns zur Verfügung stehen, untersucht. Es wurden Optimierungsmöglichkeiten – wie die Auslagerung von Aktenbeständen und Archiven – geprüft. Dazu haben wir externe Beratung in Anspruch genommen.

Das Ergebnis wurde in Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiter sowie mit den Fachbereichsleitern und Beigeordneten diskutiert. Die Raumanalyse wurde mit unserem zukünftigen Personalbestand abgeglichen. Im Ergebnis bekommen wir es hin, ohne Neubau eines Verwaltungsgebäudes auf dem Gelände der Stadtverwaltung auszukommen und gleichzeitig den Personalbedarf in den bestehenden Gebäuden unterzubringen.

Zu dieser Raumoptimierung gehört, dass das Erdgeschoss für Büros ausgebaut wird. Ich bitte Sie um Verständnis, dass dann die Innenhöfe des Stadthauses ab 1. Februar gesperrt werden müssen, was ganz praktisch weniger Parkplätze bedeutet.

Sanierung und Umbauten führen dazu, dass die einzelnen Fachbereiche in Zukunft nicht mehr unbedingt dort sitzen werden, wo sie es jetzt tun. Statistisch muss sogar jeder Verwaltungsmitarbeiter mindestens einmal umziehen, damit der Bauablauf funktioniert. Natürlich ziehen nicht alle auf einmal um, doch ich bitte schon heute um Verständnis, dass aufgrund dieser Umstände es zu zeitweisen Verzögerungen in einzelnen Bereichen kommen kann. Spätestens zum Jahr 2018 soll die Raumoptimierung abgeschlossen sein.

Drittens: IT-Strategie:

Sie haben im Zuge des letzten Doppelhaushaltes einen neuen Fachbereich Steuerung und Innovation bei Herrn Exner eingerichtet. Ziel dieser organisatorischen Maßnahme war es, dem Thema IT, elektronischer Vorgangsbearbeitung, Open Data und damit verbundenen Optimierungen mehr Gewicht in der Stadtverwaltung zu geben.

Der neue Fachbereichsleiter ist derzeit dabei, eine neue IT-Strategie für die Stadtverwaltung zu erarbeiten. Dabei fängt er natürlich nicht bei Null an. Immerhin arbeitet die Stadtverwaltung mit über 80 elektronischen Fachverfahren. Diese sollen jedoch stärker miteinander verbunden werden, um interne Arbeitsabläufe zu verbessern und die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft noch häufiger elektronisch anbieten zu können und einfacher zu machen.

Viertens zum Abschluss aber als Klammer zu verstehen: Der Leitbildprozess.

Sie haben diesen Prozess beschlossen und offiziell angestoßen. Die Steuerungsgruppe auch mit den Fraktionsvorsitzenden tagt nun regelmäßig. Das Bürgerbeteiligungsverfahren haben wir Ihnen dort vorgestellt und wird in den nächsten Wochen in der Stadt sichtbar werden. Dies ist aber nur der öffentliche und nach außen sichtbare Teil der Leitbilderstellung.

Die Stadtverwaltung intern muss sich natürlich auf die mit dem Leitbild verbundenen Implikationen vorbereiten. Aus dem Leitbild, welches ca. 10 Jahre Gültigkeit haben wird, sollen bekanntlich städtische Ziele für 5 Jahre und geschäftsbereichsbezogene Ziele für 2 Jahre im Sinne der Doppelhaushalte abgeleitet werden.

Einen ersten Versuch, solche geschäftsbereichsbezogenen Ziele zu priorisieren und zu formulieren, finden Sie übrigens in Ihren Haushaltsunterlagen – beschrieben als

„Handlungsschwerpunkte der Geschäftsbereiche“. Aus diesen Handlungsschwerpunkten wird in Zukunft ersichtlich sein, wo und für wen die Stadtverwaltung Ressourcen einsetzt – seien sie nun finanzieller, personeller oder zeitlicher Natur.

Dies kann auch die städtischen Unternehmen als Dienstleister betreffen. Wir haben daher mit den städtischen Gesellschaften im Zuge der Verabredungen zur Refinanzierung der Schulentwicklungsplanung einen neuen Balance-Scorecard-Prozess begonnen. Wir wollen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der städtischen Unternehmen mit unseren Anforderungen abgleichen. Langfristig soll es neue Zielvereinbarungen mit den Unternehmen geben, die auf dem Leitbild aufbauen und hier von Ihnen in der SVV beschlossen werden.

Welterbestatus

Die Fraktion der Grünen hat mich gebeten, meine Äußerungen bei der Veranstaltung „Leben im Weltkulturerbe“ am 12. Dezember letzten Jahres hier noch einmal zu thematisieren. Ich hatte sinngemäß geäußert, dass Städte, die ihren Welterbestatus verlieren, so wie Dresden, auch nicht gleich untergehen.

Dies war bezogen auf die Äußerungen einer Wissenschaftlerin, die klar machte, dass der Welterbestatus einer Stadt wenig über ihren Erfolg im Tourismus aussagt. Um Sie zu beruhigen: Ich strebe weder aktiv noch passiv an, dass Potsdam den Welterbestatus aberkannt bekommt.

Unsere Zusammenarbeit mit der oberen Denkmalschutzbehörde, der Schlösser-Stiftung und ICOMOS ist durch abgestimmte Verfahren geregelt. Im Übrigen war ich es, der die jährlichen ICOMOS-Turnustreffen eingeführt hat, um aufkommende Konflikte frühzeitig zwischen Oberer Denkmalschutzbehörde, den Welterbehütern, der Stiftung und der Landeshauptstadt besprechen zu können.

Ich wollte mit meinen Worten nur ausdrücken, dass der Welterbestatus sicher ein wichtiger Faktor bei der Stadtentwicklung ist, aber auch nicht der einzige Maßstab sein kann, an dem sich dann Alles zu orientieren hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“